



## Wir kommentieren

**die Kurzfilmtage Oberhausen 1969:** Zwei Strebungen, die hervorbrechen wollen – Engagiertes Sehen der Wirklichkeit – Überwindung passiver Sehgewohnheiten – Der Film soll echtes Kommunikationsmittel werden, ein «Weg zum Nachbarn».

## Priesterverbände

**Solidarisierung innerhalb der Kirche:** Perspektiven zu den Versuchen in Westdeutschland – Die «Delegiertenkonferenz» in Königstein – Drohende Manipulation durch anonyme Kräfte – Vier Reaktionen auf die Immobilität der Kirche – Kollektive Kritik ist wirksamer – Mitverantwortung, Sachverstand, Öffentlichkeit: demokratisches Ethos – Die Kirche könnte ein

glaubwürdiges Modell echter Demokratie sein – Kirchenkritik, damit die Kirche ihre gesellschaftskritische Funktion wieder ausüben kann – Keine Neoklerikalisierung!

## Politische Theologie

**Paul Tillich und der Religiöse Sozialismus:** Die politische Verantwortung für die Neugestaltung der Gesellschaft – Egoismus, Grundlage bürgerlicher Gesellschaftsordnung – Die tiefere Verwandtschaft von Christentum und Sozialismus – Das prophetische Element im Sozialismus: Wirklichkeitserkenntnis durch Wirklichkeitskritik – Religiöser Sozialismus als Kritik am Sozialismus – Vorwurf gegen die Kirche: tatenlose Jenseitserwartung – Utopie als christliche Hoffnung – Das Wirken in der

Geschichte – Kairos als eine von schöpferischen Möglichkeiten erfüllte Situation – Der gescheiterte Versuch erlangt neue Aktualität – Verdienst und Versagen der «neuen Linken».

## Dokument

**Spanien als Testfall:** Die Stellungnahme der spanischen Bischofskonferenz zum Ausnahmezustand stößt auf Widerspruch – Ein Zeugnis der inneren Gärung: die Erklärung der Theologieprofessoren der Universität Barcelona – Die Kirche in Spanien muß Kritik üben – Man darf sich nicht mit dem Establishment der Unordnung solidarisieren – Sit-ins in der Kirche, ein Schutz der Versammlungsfreiheit – Auch die Theologie muß ins politische Leben eingreifen – Kirche in der Welt.

## Ein neuer Weg zum Nachbarn

Oberhausen 1969

Die XIV. Westdeutschen Kurzfilmtage Oberhausen 1968 taten die Fenster aufgestoßen für das, was in diesem Jahr geschah oder sich abzeichnete. Zwei Strebungen sind es, die klar hervorbrechen wollen. Sie haben noch wenig Eingang in das offizielle Wettbewerbsprogramm gefunden und waren daher vornehmlich in Randgeschehnissen oder Informationsveranstaltungen aufzuspüren.

## Gesellschaftskritisches Engagement

Die eine ist das politische und sozialkritische Engagement der jungen Filmmacher. Die meisten unter ihnen verstehen ihre Filme als Politikum. Sie unterscheiden auch sehr wohl zwischen politischer Intention und Effektivität. So brachte das deutsche Programm von 27 Filmen zwölf im weitesten Sinn gesellschaftskritische, davon sind höchstens vier politisch wirklich effektiv. Dieser Sachverhalt wurde schnell das Objekt der Kritik einer Gruppe Engagierter: am besonders krassen Beispiel der USA (von 25 Wettbewerbsfilmen nur zwei, überdies belanglose politische) formulierten sie ihre lebendige Kritik. Die New Yorker *Newreel*, eine kleine Gruppe politisch tätiger Filmmacher, bot außerhalb des Wettbewerbs in einer weithin improvisierten Veranstaltung eigene Filme: über Zwangsumsiedlungen, Black Power und andere Probleme, die im offiziellen USA-Programm offenbar vollständig ignoriert worden waren. Daran schloß sich eine Diskussion über das Gesehene und eine Geldsammlung zur Unterstützung ihrer politischen Arbeit. Schriftenstände, Unterschriftensammlungen, Protest-

plakate und ähnliches taten ein Übriges, das Bewußtsein der fast zweitausend Besucher in Oberhausen anzusprechen.

## Das Medium «Film»

Eine zweite Tendenz ist die starke Reflexion über das Medium «Film». Man will fort von dem konventionellen Verständnis, das eine Barriere zwischen Leinwand und Publikum schafft, das den Film zur reinen Darbietung und den Sehenden zum reinen Empfänger macht. Nicht selten fiel in diesen Tagen das Wort «Manipulation».

Das Ziel der Überlegungen und Bemühungen ist, eine neue Form des aktiven Sehens zu finden. Film soll echtes Kommunikationsmittel werden, genauso selbstverständlich wie die Sprache. Wie schwer das ist und vorerst noch bleiben wird, zeigte die Reaktion des Publikums auf den niederländischen Film «The Mutt» von *Rob du Mée*: 14 Minuten lang wird das Drehbuch einer rührseligen Geschichte völlig tonlos abgefilmt, so daß die erste Reaktion lautet: «Das kann ich auch lesen, dazu brauche ich keinen Film.» In Oberhausen blieb es denn auch bei dieser Reaktion. Aber einige zaghafte Versuche im Publikum deuteten an, welche Wirkung dieser Film in der rechten Umgebung haben könnte: Die Handlung war einfach, die beschriebenen Geräusche leicht nachzuzahlen und die angegebene Musik weithin bekannt. Der Film provoziert außerordentlich stark das Mittun des Sehenden; im geeigneten Rahmen könnte dieser Film eine große Aktivität der Zielgruppe hervorrufen. Auf ähnliches Mißverständnis (oder gar Unverständnis) stieß so mancher Film, da die überkommenen Sehgewohnheiten einfach noch zu unbeweglich sind, den neuen Anforderungen zu genügen.

Diese angestrebte neue Schfähigkeit ist das große Thema vieler Diskussionen gewesen, noch herrscht auch unter den Film-  
machern große Unklarheit über die genaueren Umriss des-  
sen, was sie wollen: sie spüren die Notwendigkeit dieses Fortschritts  
und experimentieren. Drei Filme, die aus solchen Reflexionen  
entstanden sein mögen, sind sogar mit Preisen ausgezeichnet  
worden.

### Sozialität

Auf den ersten Blick scheint zwischen den genannten Tenden-  
zen wenig Zusammenhang zu sein. Bei näherem Hinsehen  
jedoch wird eine Dimension deutlich, die vielleicht der Grund-  
tenor des ganzen Festivals (und all dessen, was im jungen Film  
geschieht) ist: die Sozialität. Die neue Art, Wirklichkeit zu sehen  
und zu vermitteln, muß notwendig ihre Auswirkung auf ge-  
sellschaftliche Vollzüge haben, das heißt jede Art von Film

erhält ihre politische und gesellschaftliche Dimension. Anderer-  
seits braucht auch das politische und gesellschaftliche Gesche-  
hen, das sich aus anderen Quellen nährt, neue Mittel und Wege,  
sich zu artikulieren: Die Kommunikation zwischen Wirklich-  
keit und Film verschwindet als selbständiger Vorgang, aus ihr  
wird die Kommunikation zwischen Menschen und Menschen-  
gruppen durch das Medium «Film», die selbst Wirklichkeit  
ist.

Oberhausen 69 trug – wie immer – das Motto «Weg zum  
Nachbarn». Im Aufbruch, der in den beiden vergangenen  
Jahren geschah, ist notwendig manches verschüttet worden  
(bisweilen sogar das Motto selbst). Aber was sich in diesem  
Jahr abzeichnete, ließ deutlich werden, daß es nicht in erster  
Linie um das Zerstören alter Vorstellungen und Verhaltens-  
weisen geht, sondern um das Freimachen des Weges zu einer  
besseren Kommunikation, zu einem besseren Verstehen auf  
dem «Weg zum Nachbarn». *Chris Gallasch SJ, Pullach*

## SOLIDARISIERUNG INNERHALB DER KIRCHE

### Randbemerkungen und Perspektiven zu den Versuchen in Westdeutschland

Über zwanzig Priestergruppen aus der Bundesrepublik und Österreich  
waren durch Abgeordnete oder Beobachter vertreten, als sich am 19./20. Ja-  
nuar dieses Jahres in Königstein (Taunus) eine «Delegiertenkonferenz»  
dieser Gruppen formierte.<sup>1</sup> Entgegen dem Eindruck, der vordem da und  
dort entstehen mochte, geht es dabei nicht um die Bildung eines Berufs-  
verbandes im Sinne der Interessenvertretung,<sup>2</sup> und überhaupt nicht in  
erster Linie um die Probleme der Priester, wie sie etwa in der Zölibats-  
umfrage zum Ausdruck kommen, deren Fortsetzung und Abschluß in  
Königstein beschlossen wurde. Vielmehr wird das umfassende Ziel der  
Demokratisierung und Humanisierung der Kirche angestrebt und hierzu  
die für Westdeutschland und analoge Situationen mögliche und verant-  
wortbare Taktik und Strategie entwickelt.<sup>3</sup> Wesentlich für diese Ziel-  
setzung waren die als Denkanstöße für die Delegierten gedachten Über-  
legungen und Hinweise, die wir im folgenden veröffentlichen. Ihr Autor,  
Karl Derksen, ist Dozent für Geschichte der Theologie an der Ordens-  
hochschule der Dominikaner in Nimwegen und derzeit Doktorand bei  
J. B. Metz in Münster. Für sein Thema «Politische Bewußtwerdung der  
kirchlichen Wirklichkeit» sammelt er Erfahrungen in verschiedenen «Kriti-  
schen Gruppen»; er selbst gehört zu einer internationalen Solidaritäts-  
gruppe von Dominikanern.

Zu seinen hier folgenden Überlegungen und Hinweisen bemerkt der  
Autor, es habe sich nur um ein kurzes Statement gehandelt, zu dem die  
weitere Diskussion in den Arbeitskreisen wesentlich mit dazu gehöre. Wir  
haben daher noch ein Echo und Zeugnis eines Teilnehmers angefügt, das  
die Eindrücke von der Tagung zusammenfaßt. *Red.*

<sup>1</sup> Unter den regionalen Kontakten, die der Königsteiner Konferenz vor-  
ausgegangen waren, ist u. a. das «Bühler Vikarstreffen II» vom Novem-  
ber 1968 zu nennen, von dem inzwischen ein 46seitiger Bericht der Ar-  
beitskreise und der Plenumsdiskussion samt Resolutionen, Echos und  
Beurteilung erschienen ist. Er verdient vor allem ob der konkreten pa-  
storalen Behandlung der Themen «Autorität und Freiheit», «Brüder-  
lichkeit und Kollegialität», «Kirche und Öffentlichkeit» Beachtung. Der  
Bericht ist erhältlich bei: Klaus Fritz, 6900 Heidelberg 1, Merianstraße 2  
(Konto PS Karlsruhe, 1391, 92 Sonderkonto «Bühl»). Das zweite Bühler  
Treffen umfaßte 150 Teilnehmer aus der Diözese Freiburg i. Br., darunter  
rund siebenzig Vikare, etwa zwanzig Laien und eine beträchtliche Anzahl  
von Pfarrern.

<sup>2</sup> Das schließt nicht aus, daß sich einzelne Gruppen als Berufsverband  
konstituieren und als eingetragener Verein firmieren mit dem Ziel, die  
Mitglieder «im inneren und äußeren Bereich zu schützen und zu stützen»,  
wie dies von der Solidaritätsgruppe katholischer Priester der Diözese  
Speyer verlautbart wurde.

<sup>3</sup> Ausdrücke wie Taktik und Strategie mögen manchen «frommen Ohren»  
provozierend vorkommen: sie sind nur für den kirchlichen Jargon neu  
und gehören in andern Bereichen schon längst zum sachlichen Wortschatz.  
Deshalb sollte man auch nicht gleich «Rebellion» wittern, wie dies die  
Illustrierte «Stern» tat, die zudem von einem «Sturm auf Roms Ehe-  
verbot» sprach und von der in Königstein gebildeten Arbeitsgemein-  
schaft in aller Form der «unwahren Berichterstattung» bezichtigt wurde.

Solidarisierung von «Gleichgesinnten» ist heute ein allge-  
meines Phänomen. Es scheint zu den Notwendigkeiten zu  
gehören in einer Welt, die immer stärker von anonymen  
Kräften und Mächten manipuliert zu werden droht. Die so-  
zialpolitischen, wirtschaftlichen und technischen Prozesse  
sind heute derart, daß sie der einzelne (als einzelner) nicht  
mehr zu registrieren und wahrzunehmen vermag, so daß er  
sich schon deshalb mit anderen zusammenschließen muß; doch  
noch mehr: diese Prozesse ordnen auch noch den einzelnen  
ein, so daß er gewissermaßen automatisch und ohne kritische  
Distanz mitfunktionieren muß, ob er will oder nicht. Eine  
solche katastrophale Vereinnahmung des einzelnen muß not-  
wendigerweise zu einem machtlosen Hinnehmen des status  
quo sozialpolitischer, wirtschaftlicher oder technischer Struk-  
turen führen, und dieses Hinnehmen der Strukturen bedeutet  
wiederum die Unterstützung des Bestehenden, die Fortset-  
zung von Strukturen, welche die Interessen und Wünsche von  
einzelnen oder von Minderheiten einfach nicht berücksichti-  
gen wollen.

Diese Beschreibung der komplizierten Wirklichkeit unserer  
Gesellschaft, in der wir heute leben, ist freilich zu allgemein  
und zu wenig akkurat; dennoch müssen wir von dieser Welt  
und dieser Gesellschaft ausgehen, wenn wir zur Solidarisie-  
rung innerhalb der Kirche einige Überlegungen anstellen  
wollen.

### Vier Reaktionen auf die Immobilität der Kirche

Das Problem der Solidarisierungen innerhalb der Kirche, die  
ja selber definiert werden könnte als eine Solidaritätsgruppe  
innerhalb unserer Gesellschaft, hängt engstens mit dieser  
unserer Gesellschaft zusammen. Die Kirche, die von ihrer  
Aufgabe her Sauerteig, Licht und Salz der Erde sein müßte,  
ist heute selber der Immobilität verfallen, von der jede Insti-  
tution bedroht ist. Die Kirche hat sich nicht nur in ihren  
eigenen Strukturen verfestigt, so daß sie angesichts der heu-  
tigen Welt ihre eigentliche Funktion nicht mehr wahrzuneh-  
men vermag – im Vergleich zu den heutigen gesellschaftlichen  
Strukturen ist sie nicht nur nicht angepaßt, sondern sogar  
rückständig; sie läßt sich auch gerne von den Mächten dieser  
Welt vereinnahmen, sie läßt sich ausnützen als Garantin der  
bestehenden Ordnung oder als Instanz, auf die man sich  
immer dann berufen kann, wenn Ordnung und Gehorsam  
gefordert werden. Somit erfüllt die Kirche in unserer Gesell-  
schaft eine ganz bestimmte Rolle, besitzt sie eine ausdrück-  
liche Entlastungsfunktion und erwartet man von ihr die Be-

schwichtigung und Verdeckung der realen Konflikte unserer Gesellschaft.

In dieser Situation gilt es sich zu solidarisieren, nicht in erster Linie, um die Interessen bestimmter Gruppen innerhalb der Kirche zu sichern, sondern zuerst und vor allem, um der Kirche selber zu ihrem authentischen Auftrag zu verhelfen.

Man kann heute gegenüber der Kirche mindestens vier unterschiedliche Reaktionen beobachten:

▷ Man verläßt die Kirche, entscheidet sich somit vollkommen privat.

▷ Man geht in den Untergrund, sowohl Priester wie Laien, und bildet eine eigene Kirche neben der bestehenden. Man überläßt somit die (alte) Kirche ihren eigenen Problemen.

▷ Man versucht sich als regionale Gesamtkirche, Amtsträger und Laien zusammen, den heutigen Problemen und Anforderungen zu stellen und die Kirche neu zu mobilisieren. (Vielleicht könnte die holländische Kirche ein solches Modell der gemeinsamen Solidarisierung darstellen.)

▷ Man will die Kirche nicht verlassen, man will nicht in den Untergrund verschwinden, man kann sich aber auch noch nicht als regionale Gesamtkirche mobilisieren, man versucht daher, innerhalb der regionalen Kirche zu Solidarisierungen zu kommen.

Die Situation in der westdeutschen Kirche scheint weithin so zu sein, wie sie im vierten Fall beschrieben wurde.

▷ Wenn ich recht sehe, wollen viele diese Kirche, unter der sie vielleicht sehr leiden, nicht verlassen.

▷ Auch in den Untergrund wollen sie nicht gehen, weil das vielleicht zu schnell zu einem Sektierertum führen würde, zu einem Konventikel, das für die Mitglieder zwar inspirierend sein mag, aber für die Gesamtkirche keine Bedeutung haben kann: vielleicht würde es sogar von der kritisierten Institution nicht nur verkraftet, sondern ausdrücklich zugelassen, als Entlastungsfaktor!

▷ Die Gesamtkirche mobilisieren scheint unter den heutigen Bedingungen und Strukturen noch nicht gut möglich, weil diese Strukturen vorläufig noch die ganze Aufmerksamkeit auf die Kirche selbst konzentrieren und somit die eigentliche Solidarisierung der Gesamtkirche angesichts der heutigen Welt noch weitgehend verhindern.

▷ In dieser Situation, ich sagte es schon, gilt es sich zu solidarisieren, in kleinen Kerngruppen von Priestern und Laien, um somit zunächst kirchenkritisch auftreten zu können, damit einmal in Zukunft die Kirche selber wieder eine gesellschaftskritische Funktion, als Salz der Erde, als Licht und Sauerteig unserer heutigen Gesellschaft, erfüllen kann, in Weiterführung der Botschaft des Evangeliums.

### Das demokratische Ethos

Der Grund solcher Solidarisierung und gleichzeitig ihre Notwendigkeit ergibt sich aus der Feststellung, daß nur kollektive Kritik fruchtbar sein kann. Auch innerhalb der Kirche stehen wir vor der Tatsache, daß der einzelne oder auch kleine Minderheiten nicht leicht ernst genommen werden. Das hängt selber noch einmal mit dem Problem der Strukturen zusammen. Überall dort, wo noch kein demokratisches Ethos herrscht, das heißt wo Mitverantwortung, Sachverstand und Öffentlichkeit nicht radikal ernst genommen werden, wird es nur dann ein fruchtbares Wirken geben, wenn Gruppen gebildet werden, die in ihren eigenen Reihen dieses demokratische Ethos vorexerzieren. Die ständige Berufung auf Dialog, Brüderlichkeit, Treue und Liebe bleibt Romantik, wenn nicht zu gleicher Zeit die entsprechenden Strukturen der Brüderlichkeit und des Dialogs geschaffen werden, und solche Strukturen nennen wir heute demokratische. Denn nur solche

Strukturen bieten die Möglichkeit, Konflikte offen auszutragen und Parteien zu bilden. Um das zu erreichen, muß man sich solidarisieren.

Die demokratische Art des menschlichen Miteinanders ist eine legitime Errungenschaft der letzten Jahrhunderte, sie hat etwas zu tun mit der Verwirklichung der Menschenrechte, und sie hat auch ihre Folgen für die kirchliche Struktur.

### Theorie und Praxis

Jeder Versuch, diese Wirklichkeit durch sogenannte theologische Argumente zu entkräften, indem man sich etwa darauf beruft, die Kirche besitze von ihrem Wesen her eine ganz andere Struktur und werde somit von diesen heutigen Forderungen nicht betroffen, muß auf seine eigentlichen Interessen befragt werden. Denn es ist in keiner Weise ausgeschlossen, daß auch hier, wie in vielen anderen Situationen, die Theologie dazu dient, nur die bestehenden Strukturen zu rechtfertigen. Auch nicht eine Theorie, geschweige denn eine Theologie der Solidarisierung soll hier angeboten, und noch weniger soll den Programmpunkten der bereits bestehenden Solidarisierungsgruppen etwas hinzugefügt werden. Wir möchten auch nicht die Gefahr vergrößern, die es in der westdeutschen Kirche immer gibt, daß nämlich ein Überschuß an kritischer Theorie einem Mindestmaß an Praxis gegenübersteht. Allerdings ist auch zuzugeben, daß eine Praxis ohne Theorie eine blinde Praxis werden kann, eine Gefahr, die manche Initiativen, zum Beispiel in der holländischen Kirche, bedroht. Auch wird es immer einen Ort der Eigenständigkeit gegenüber der Praxis geben müssen – gerade für die theologische Forschung, wenn sie kritische Instanz bleiben will; aber die Gefahr, daß wir in unverständliche und deshalb unpraktikable und deshalb harmlose Aussagen verfallen, ist groß. Darum wäre es an der Zeit, daß man sich jetzt in den Gruppen auf die Strategie und Taktik der Solidarisierung konzentriert. Nur da, wo unser theologisches Bewußtsein einige Aufklärung verlangt, wo ihm nur Diskontinuität aufscheint, sollte man sich gegenseitig die theoretische Basis verschaffen.

Mit Strategie und Taktik hat Solidarisierung etwas zu tun, weil sie ein politisches Phänomen ist und nicht ein romantisches, im Stil von «alle Menschen werden Brüder».

### Sachverstand, nicht Emotion und Romantik

Daraus ergibt sich, daß jede Artikulation, alles Gesagte und Ausgedrückte immer von nüchternen, verifizierbaren Analysen auszugehen haben. Autoritäre Instanzen sind heute nur dann zu überzeugen, wenn unsere Vorschläge auf sachverständiger Arbeit beruhen. Wir dürfen nicht die eine Ideologie durch die andere ersetzen. Und es gibt heute das kritische Instrumentarium, das uns erlaubt, sachgerechte Arbeit zu leisten. Dieses Instrumentarium muß in Anspruch genommen werden, soll glaubwürdig gearbeitet und nicht von vornherein Emotion gegen Emotion gesetzt werden.

Es darf dabei keine Tabus oder Grenzen geben. Alles ist zunächst einmal von diesem kritischen Instrumentarium her befragbar, auch in Theologie und Kirche. Das gehört zur Situation, in die Kirche und Theologie im Zuge der ganzen geisteswissenschaftlichen Entwicklung geraten sind.

Es ist zum Beispiel von da aus einfach nicht einzusehen, warum – wie es in der Erklärung der westdeutschen Bischöfe heißt – «Kirche» eine Beschränkung von Demokratie einschließen soll. Nur wenn man Demokratie nicht richtig versteht oder zum Beispiel die bestehenden Demokratien in Ost und West, die ja kritisierbar sind und auch tatsächlich kritisiert werden, zum Ausgangspunkt nimmt, stimmt die bischöfliche Feststellung. *Aber Kirche könnte ja selber ein glaubwürdiges Modell von Demokratie vorexerzieren und so auch noch einmal gesellschaftskritisch sein.*

## Außerkirchliche Modelle

Solidarisierungsgruppen sollten keine Angst vor außerkirchlichen Modellen der Solidarität haben, sei es, daß diese von andern kirchlichen oder sei es von nicht-kirchlichen Gruppen (z. B. Gewerkschaften) entwickelt worden sind. Hinter einer möglichen Angst vor solchen Modellen steht noch immer die Auffassung, daß die Strukturen der Kirche und die Kritik dieser Strukturen außerhalb des Rahmens dessen fallen, was sich im Laufe der Geschichte an menschlichen Verfestigungen bis zur Inhumanität innerhalb der Kirche entwickelt hat und was sich an Institutionen und Instanzen der Humanisierung und Mündigkeit außerhalb – und oft im Gegensatz zur Kirche – bildete.

Allerdings handelt es sich hier nicht um eine billige Vereinnahmung solcher Modelle, auch dürfen sich Solidarisierungsgruppen nicht selber vereinnahmen lassen von bestimmten Interessengruppen, die selber vielleicht schon wieder der Verfestigung verfallen sind.

Aber jede Sentimentalität im Sinne eines Behütens oder Schützens der Kirche vor solchen sogenannten außerkirchlichen Modellen muß hier vermieden werden. Gehorsam und Treue sind damit durchaus vereinbar, wenn sie nicht zu einer reinen Folgsamkeit oder Feigheit entarten. Immer stärker wird die Kirche heute herausgefordert, Emanzipationsbewegungen und Emanzipierungsstrukturen, die außerhalb ihrer Reihen entstanden sind – oft sogar gegen sie –, wiederzuerkennen als ursprünglich in ihrer eigenen Botschaft enthaltene Befreiung und Erlösung.

## Gefahren und Chancen

Jede Solidarisierungsgruppe ist heute in der Gefahr, sich innerlich zu zerstreuen. In einer Kirche, in der oft die eigentlichen Fragen, auf die es heute ankommt, noch gar nicht gestellt werden können, weil man sich noch an den Strukturen der Kirche zerreibt, kann das Folgende bedeuten:

- a) Man solidarisiert sich zunächst einmal aus Unbehagen an den Strukturen; das, was zusammenführt, ist also eigentlich etwas Negatives.
- b) Weil nun ein Forum gefunden ist, eine Gesprächsbasis, auf der man frei denken darf und alles aussagen kann, kommen auch allmählich die Grundprobleme zur Sprache.
- c) Es kann dann durchaus möglich sein, daß im Angesicht des gemeinsamen Zieles, die Strukturen der Kirche zu ändern, zwei Grundrichtungen entstehen:
  - die einen wollen mit Geduld, Taktik und Strategie vorgehen, sie wollen in diesem Prozeß möglichst viele mitziehen,
  - die andern suchen einen kurzen Weg, sie wollen provozieren und somit schneller ihr Ziel erreichen, aber dann vielleicht mit wenigen.
- d) Wenn einmal dieser Gegensatz deutlich geworden ist, kommt die große Krise jeder Solidarisierungsbewegung, die durchaus eine heilsame Krise sein kann.

Man sollte sich aber dabei immer fragen: Wie ist die «große» Politik im Auge zu behalten, wie wird vermieden, daß durch den internen Streit die Glaubwürdigkeit der Solidarisierung leidet?

Andererseits sollte man aber auch keine Uniformität vortäuschen. Vielmehr gilt es zu zeigen, daß es durchaus mehrere Positionen innerhalb einer Solidarisierungsgruppe gibt und daß dieser Pluralismus nicht zum Untergang der Solidarität zu führen braucht. Somit könnte man sogar auch in den Reihen der Solidarisierungsgruppen den Pluralismus vorleben, den die Institution Kirche so schwer zu leisten vermag.

Dabei sollte es trotz ideologischer Gegensätze zu einer gemeinsamen Aktion kommen. Die Gegensätze innerhalb der Gruppe sollen nicht unnötig verschärft werden. Denn da-

durch würde die Solidarisierungsbewegung nach außen machtlos werden, so fruchtbar der Pluralismus, innerhalb der Gruppe ausgehalten, sein könnte.

Zusammenfassend lassen sich die folgenden Thesen aufstellen:

- ▶ Solidarisierung ist notwendig, weil nur kollektive Kritik fruchtbar werden kann,
- ▶ Solidarisierung muß mit Sachargumenten arbeiten, weil nur Sachlichkeit überzeugen kann,
- ▶ Solidarisierung soll keine Angst haben vor außerkirchlichen Modellen der Opposition,
- ▶ Solidarisierung soll nicht zugrundegehen durch interne Gegensätze, sondern einen gewissen Pluralismus in den eigenen Reihen aushalten.

Als Mitglied einer internationalen Bewegung, wie es der Dominikanerorden ist, darf ich vielleicht noch hinzufügen, daß sich die Solidarisierungsgruppen innerhalb der Kirche auch immer stärker internationalisieren sollten.

Es ist klar, daß man heute die verschiedenen Gruppen innerhalb der Weltkirche nicht mehr national benennen kann. Die Trennungslinien zwischen den verschiedenen Meinungen sind nicht die nationalen Grenzen. Deshalb fordert jede Solidarisierung heute eine Durchbrechung des Nationalen, auch schon deshalb, damit die Länder, in denen die Gesamtkirche – Amtsträger und Laien – zu bestimmten Einsichten gekommen ist, nicht auf sich selbst zurückgeworfen oder zu einem aufgezwungenen Nationalkirchentum reduziert werden. Es ist ungeheuer wichtig, daß die Bischöfe, die in ihrer Heimatkirche zusammen mit dem gläubigen Volk zu bestimmten Änderungsvorschlägen gekommen sind, bei kommenden westeuropäischen Konferenzen nicht nur von ihrer eigenen Regionalkirche unterstützt werden, sondern auch mit einer internationalen Solidarisierung rechnen können.

## Gegen eine Neo-Klerikalisierung

Zum Schluß ist aber noch auf eine Gefahr hinzuweisen! Solidarisierung von Klerikern ist bestimmt notwendig. Es wäre nicht nur unpolitisch, sondern auch unsachlich, dies zu bestreiten. Aber übersehen wir das Merkwürdige nicht, das dabei erneut zum Vorschein kommt. Zeigt Solidarisierung von Klerikern nicht ganz eklatant, wie sehr das Problem der Kirche heute auf das Problem der Kleriker, der Professionals, reduziert ist?

Und dies wiederum verursacht sehr leicht eine Verkürzung der wirklichen Probleme. Ja, dies könnte möglicherweise die Kluft zwischen «professioneller Kirche» (Amtsträger und Funktionäre) und den Gläubigen noch vergrößern. Dessen müssen wir Kleriker uns bewußt sein, wenn wir uns untereinander solidarisieren. Es darf uns nicht an erster Stelle um die Verbesserung des eigenen Betriebsklimas gehen. Wir müssen uns daher ernstlich fragen: Wie ist es in der regionalen westdeutschen Kirche, die noch nicht die Institution eines demokratisch gewählten Nationalkonzils kennt, möglich, zunächst einmal in den Solidarisierungsgruppen eine breite, nicht rein klerikale Basis zum Ausdruck zu bringen, um somit einen verhängnisvollen Klerikalismus zu vermeiden?

Karl Derksen OP, Nimwegen/Münster

## Aus dem Zeugnis eines Teilnehmers in Königstein

Hinter den Stichworten der Demokratisierung und Humanisierung stand die Frage, wozu die Kirche denn noch von Nutzen sei. Es ging und geht um die kommenden Generationen von Menschen in der sich anbahnenden Gesellschaft von morgen. Die Kirche braucht sich nicht an andere Gruppen unserer Gesellschaft anzubiedern. Sie braucht nicht neuzeitliche Herrschaftsformen nachzuahmen. Sie muß zwar aufarbeiten und lernen, was andere Gruppen der Gesellschaft seit

zwei Jahrhunderten an Möglichkeiten und Sicherungen menschlicher Freiheit entwickelt und in Verfassung, Rechtsordnung und politisches Leben eingebracht haben. Aber auch dies muß die Kirche nicht um der Anpassung willen, sondern um sich auf die Gesellschaft und deren Zukunft hin zu öffnen. Die Herrschaftsformen, die kirchlichen Ordnungen, das Informationswesen, die Formen der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung, die Finanzverwaltung, die Ämterbesetzung müssen kontrollierbar, durchsichtig, sachbezogen werden, soll die Kirche tauglich werden, das Evangelium als kritischen und rettenden Impuls gesellschaftlich wirksam werden zu lassen. Weil das Evangelium die Menschen von den Ideologien befreien will, müssen die gängige Kirchenideologie und alle von ihr gedeckten inhumanen Praktiken abgebaut werden. Das wurde in Königstein klar: Weil die Gesellschaft das Evangelium vielleicht weiter braucht, sollte die Kirche sich dahin ändern, daß sie im Sinne des Evangeliums als Impulsgruppe gesellschaftlich nützlich werden kann. Sie muß vor-

machen, was Freiheit der Forschung und Lehre, Wahl und Kontrolle der Amtsträger, Durchsichtigkeit der Verwaltung, kollegiale Teamarbeit, Öffentlichkeit der Meinungsbildung, Beteiligung bei der Wahrheitsfindung bedeuten. In Königstein mündeten diese Überlegungen in die Forderung nach einem deutschen Nationalkonzil, das sich mit den Fragen der Demokratisierung, der Humanisierung und der Neuinterpretation des Glaubens zu befassen habe.

Königstein war ein Anfang. Die Zusammenarbeit muß erlernt werden, die Technik der Debatte kann verbessert werden, die Kommunikation zwischen den Gruppen muß ausgebaut werden. Diese Pfarrer und Vikare haben zu wenig Zeit und Geld; ihr kirchlicher Dienst lastet sie aus. Daß es Leute gibt, die unter widrigen Bedingungen, ohne die Machtmittel des kirchlichen Apparats, unter dem Risiko verstärkter Repression seitens ihrer Behörden versuchen, den deutschen Katholizismus etwas demokratischer und humaner zu machen, ist ein Grund zur Hoffnung. *Dr. Klaus Schäfer, Böblingen*

## PAUL TILLICH UND DER RELIGIÖSE SOZIALISMUS

Ein nicht nur historisch interessantes Modell politischer Theologie

Ernstzunehmende Leute – nicht bloß unengagierte Liberale, schon gar nicht bloß hoffnungslos bürgerliche Spießer –, ernstzunehmende Leute aus verschiedenen Lagern, auch aus dem linken, äußern Bedenken gegenüber dem Trend, der sich im Stil der innenpolitischen Auseinandersetzung immer deutlicher abzeichnet: zunehmende Verhärtung des gesellschaftlichen Konflikts, zunehmendes Unverständnis für die Intentionen des politischen Gegners – auf beiden Seiten! –, abnehmende Bereitschaft, den Konflikt in einer demokratischen Auseinandersetzung auszutragen statt mit brutaler Gewalt – auch auf beiden Seiten!

Die kritische neomarxistische Sozialwissenschaft hat die in der gegenwärtigen Gesellschaft herrschenden Widersprüche theoretisch aufgedeckt. Sie praktisch bewußt zu machen, war die Aufgabe der «neuen Linken». Sie hat es versucht, das ist ihr Verdienst. Aber sie hat ihre Aufgabe insofern verfehlt, als sie zu früh resignierte, zu früh zur Gewalt griff. War es nur die Reaktion der alle Kritik abweisenden Konservativen, die die junge Linke so schnell in ungeduldige Radikalität trieb – mit dem Erfolg, daß sie noch weniger gehört, ernstgenommen und verstanden wurde? Jedenfalls hat sie zu wenig Mühe darauf verwandt, die Notwendigkeit einer Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse breiteren Schichten der Bevölkerung bewußt zu machen, und statt dessen für die Versteifung der Fronten gesorgt.

Christen finden sich heute in allen Lagern, wenn auch in verschiedener Zahl. Deshalb könnte es Aufgabe einer christlichen politischen Theologie sein, zwischen den Fronten zu vermitteln, um die verhärtete Konfliktsituation wieder in Bewegung zu bringen auf eine mögliche Lösung hin. Der folgende Beitrag über eine Gruppe von Christen, die vor einigen Jahrzehnten ähnliches versucht hat, will etwas Licht in diese Situation bringen.

### Ausweg aus dem Chaos

1918: Dem jungen evangelischen Theologen *Paul Tillich* war unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs und des Zusammenbruchs der bürgerlichen Gesellschaft die von seinen Lehrern vertretene Theologie restlos fragwürdig geworden, und zugleich wurde ihm die politische Verantwortung für eine Umgestaltung der Gesellschaft bewußt. Deshalb gründete er mit einigen anderen jungen Professoren einen Arbeitskreis, der sich «Religiöser Sozialismus» nannte. Er versuchte, zunächst theoretisch, dann aber auch praktisch-politisch eine Vermittlung zwischen Christentum und Sozialismus zu erreichen. Hintergrund der Arbeit der Religiösen Sozialisten war die Situation, die sie bei der Rückkehr aus dem Ersten Weltkrieg vorfanden: «ein chaotisches Deutschland und Europa, das Ende der

Epoche des siegreichen Bürgertums und des Lebensstiles des 19. Jahrhunderts, der Riß zwischen den lutherischen Kirchen und dem Proletariat, die Kluft zwischen der transzendenten Botschaft des traditionellen Christentums und den immanenten Hoffnungen der revolutionären Bewegung» (VII, 17). Der Religiöse Sozialismus sah die einzige Möglichkeit, einen Ausweg aus dem Chaos und eine dauerhafte Lösung zu finden, im Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Das war die Chance und das Gebot der Stunde – und zugleich auch von der christlichen Botschaft her gefordert, denn gerade sie verlangt das Eintreten für die Unterdrückten und führt notwendig zur Kritik am kapitalistischen System. «Die Ethik der christlichen Liebe erhebt Anklage gegen eine Gesellschaftsordnung, die bewußt und grundsätzlich auf dem wirtschaftlichen und politischen Egoismus aufgebaut ist» (II, 14) – das steht schon 1919 in Tillichs erstem Entwurf für das Programm einer christlich-sozialistischen Bewegung. Dabei dachten die Religiösen Sozialisten durchaus nicht an eine christliche Sozialreform – darin sahen sie nur «ein Mittel zur Erhaltung der prinzipiell kapitalistischen Gesellschaftsform durch Abschneiden ihrer schlimmsten Auswüchse» (II, 18) –, sondern an eine sozialistische Neuordnung der Gesellschaft, die durch Überbrückung der faktisch bestehenden tiefen Kluft zwischen Christentum und Sozialismus erreicht werden sollte.

Damit war nicht eine vordergründige Synthese zweier selbständiger unveränderlicher Größen gemeint, sondern eine Überwindung des Gegensatzes durch eine dialektische Verbindung: durch Aufnahme und radikale, bis zum entscheidenden Punkt weitergetriebene Durchführung der gegenseitigen Kritik. Dadurch sollte die grundlegende Verwandtschaft von Christentum und Sozialismus freigelegt und eine neue konkrete Gestalt ermöglicht werden, in die beide verändert eingehen würden. Der Religiöse Sozialismus sah seine Aufgabe darin, «Religion und Sozialismus in gleicher Weise zu ihrer eigenen Tiefe zu treiben und dadurch ihre letzte und zugleich konkrete Einheit aufzuweisen und in der Wirklichkeit durchzusetzen» (II, 173).

Zwei Punkte sind es vor allem, an denen Tillich die gegenseitige Kritik von Sozialismus und Christentum aufgreift und vertieft: der Ideologieverdacht der Sozialisten gegenüber den christlichen Kirchen und der Vorwurf des Materialismus und Utopismus, den die Christen dem marxistischen Sozialismus machen. Die Aufnahme der marxistischen Ideologiekritik steht

in engem Zusammenhang mit der Rezeption der marxistischen Gesellschaftsanalyse. «Der Religiöse Sozialismus steht grundsätzlich auf dem Boden der von Marx gegebenen Analyse der kapitalistischen Gesellschaft» (II, 166). Die Aufdeckung der inneren Widersprüche des Kapitalismus durch Marx und den Vorwurf, die Verkündigung der christlichen Kirchen verschleierte eben diese Widersprüche, lenke von der sozialen Wirklichkeit ab, versuche nicht, sie zu ändern, und festige die Macht der herrschenden Klasse – diesen sozialistischen Ideologieverdacht macht Tillich sich zu eigen. Ideologie ist für Marx wie für Tillich ein falsches gesellschaftliches Bewußtsein, das mit den realen Strukturen einer Gesellschaftsordnung nicht mehr übereinstimmt und sich trotzdem behaupten will, um eine verändernde Praxis zu unterdrücken. Das neue, richtige Bewußtsein dagegen ist eine Theorie, die «zugleich Praxis ist, in ihr wurzelt und sie gestaltet. ... Die wahre Theorie kann nicht in der Distanz gefunden werden. Sie lebt im Kampf um die Herstellung der sittlichen Welt und damit von Welt überhaupt. Sie bestimmt zugleich die Welt, die sie erkennt» (IX, 191).

### Das prophetische Element im Sozialismus

Daß Tillich als Christ die marxistische Ideologiekritik so entschieden aufnimmt, hat seinen Grund nicht nur darin, daß er die bestehenden christlichen Kirchen zu Recht davon getroffen sieht, sondern ebenso in der Entdeckung, daß zwischen dem marxistischen Ideologieverdacht und dem Protest der israelitischen Propheten gegen den selbstgemachten Gott, den Götzen, auffallende Analogien bestehen. Schon bei den Propheten ist dieser Protest eng mit der Kritik konkreter ungerechter Verhältnisse verbunden. «Der prophetische Geist spricht die Wahrheit des konkreten geschichtlichen Augenblicks aus» (IX, 190) – und zwar nie nur in theoretischer Distanz, sondern zugleich praktisch, als konkrete Forderung. Prophetie ist Wirklichkeitserkenntnis, indem sie Wirklichkeitskritik ist.

Der Religiöse Sozialismus fordert vom Christentum die Wiederaufnahme seiner eigenen prophetischen Tradition: Offenheit für die neue geschichtliche Situation und dauernden Ideologieverdacht gegen sich selbst; diese beiden Seiten der einen prophetischen Haltung bedingen sich gegenseitig. Die Aufnahme der marxistischen Ideologiekritik verweist so das Christentum auf seinen eigenen Ursprung in der jüdischen Prophetie, von dem her es selbst seine konkrete Gegenwart zu kritisieren hat, und radikalisiert damit zugleich die marxistische Kritik, denn prophetische Kritik geht über die marxistische Analyse hinaus und verweist auf ein kommendes Heil, das die abgründige Heillosigkeit der Welt auch da überwindet, wo Veränderung von Gesellschaftsstrukturen und ökonomischen Verhältnissen allein sie nicht beseitigen können. Die Erwartung dieser Zukunft ist aber gerade nicht eine Verschleierung der Widersprüche in der sozialen Wirklichkeit. «Die ursprüngliche christliche Jenseitshoffnung sieht ganz anders aus, sie ist Hoffnung auf das Kommen des Reiches Gottes auf die Erde, auf Verwandlung der Welt, der Menschheit, der Völker. Und sie fordert auf zur Arbeit an dieser Wandlung, zunächst in der Gemeinde und dann auch außerhalb ihrer» (II, 156). Diese Hoffnung ermöglicht den Christen aber auch einen Ideologieverdacht gegen sich selbst, der radikaler sein kann als der marxistische; denn sie haben einen Punkt jenseits der geschichtlichen Entwicklung, von dem her sie den Teil dieser Entwicklung, der sie selbst sind, in Frage stellen können. Freilich tragen sie selbst die Last des Beweises der größeren Radikalität durch eine neue Praxis. Weil der Sozialismus diesen Punkt jenseits der Geschichte nicht kennt, stellt er sich selbst nicht mehr unter den Ideologieverdacht. Die Aufnahme der sozialistischen Kritik, durch die der Religiöse Sozialismus die neue Praxis der Christen erreichen will, schlägt deshalb an dieser Stelle in die Kritik am Sozialismus um.

### Kritik als Befreiung zu neuer Wirksamkeit

Der Religiöse Sozialismus versteht diese Kritik nicht als Widerlegung der sozialistischen Idee, sondern als deren Befreiung aus einer geschichtlich bedingten Form zu neuer Wirksamkeit. «Es ist die Aufgabe des Religiösen Sozialismus, die Kritik am Sozialismus radikal durchzuführen, aber auf dem Boden des Sozialismus. Seine Kritik darf nicht zur Dämpfung des sozialistischen Geistes werden, ... vielmehr muß er die Leidenschaft dadurch stärken, daß er sie vertieft, daß er dem Sozialismus vorhält, was eigentlich in ihm gemeint ist, und daß er das Gemeinte zur kritischen Norm des Tatsächlichen macht» (II, 189). Die Neuinterpretation des Sozialismus durch Kritik von seinem Ursprung her erscheint den Religiösen Sozialisten notwendig, weil sie im dogmatischen Selbstverständnis des bestehenden Sozialismus einen inneren Widerspruch erkennen, der seine Wirksamkeit lähmt, und der «nur dadurch aufgelöst werden kann, daß der Sozialismus zu einer neuen Gestalt seiner selbst kommt» (II, 281). Der innere Widerspruch des Sozialismus ist der, daß trotz der sozialistischen Kritik an der bürgerlichen Ideologie, trotz des sozialistischen Kampfes gegen die bürgerliche Gesellschaft der Sozialismus selbst die theoretischen und praktischen Denkformen des bürgerlichen Zeitalters übernommen hat und sich damit auf den gleichen Boden stellte, auf dem sein Gegner stand. Das ist der Grund seines Scheiterns. «Es ist der Triumph des bürgerlichen Geistes, der größte vielleicht, den er errungen hat, daß er sich die mächtigste gegen ihn gerichtete Bewegung von innen her unterwarf. ... Die Enttäuschung, der Kompromiß, das Fortschrittlich- und Bürgerlich-Werden des Sozialismus war die notwendige Folge dieses inneren Widerspruchs» (X, 44).

Die verhängnisvolle Erbschaft des bürgerlichen Denkens zeigt sich im Sozialismus vor allem darin, daß er seiner Zukunftserwartung, die gerade nicht bürgerlicher Fortschrittsglaube ist, doch einen Ausdruck gibt, der durch das bürgerliche Denken bestimmt ist. Der Sozialismus erwartet eine Zukunft, die im Widerspruch zur Gegenwart steht, die nicht durch Fortschritt, sondern nur durch einen revolutionären Sprung zu erreichen ist, durch den der Mensch geändert, sein Wille zur Macht in Verzicht auf Macht gewandelt und eine Gesellschaft ohne Herrschaft von Menschen über Menschen verwirklicht werden soll. «Damit aber durchbricht der sozialistische Glaube das bürgerliche Prinzip, die Voraussetzung einer rationalen, in der Wirklichkeit selbst angelegten Weltordnung. Er enthält ein Moment der prophetischen Verkündigung, die Erwartung eines neuen Seins» (II, 283).

### Überwindung des Utopismus

Weil aber das Bürgertum die prophetische Enderwartung in der Form der christlichen Verkündigung rein jenseitig faßt und sie als antirevolutionäre Ideologie benützt, wird der Sozialismus durch die Notwendigkeit, diese Ideologie zu enthüllen, dazu gedrängt, seine Erwartung rein diesseitig zu fassen und damit zu einer neuen Form des bürgerlichen Fortschrittsglaubens zu machen. Aus dem prophetischen Geist der Utopie, der Zeit und Endlichkeit durchbricht, wird ein bürgerlich-rationalistischer Utopismus, der im Grunde kein neues Sein in der Geschichte erwartet, sondern nur die Verwirklichung der schon gegebenen rationalen Möglichkeiten in der innergeschichtlichen Zukunft. Er verwechselt die bleibende Vorläufigkeit und Zweideutigkeit alles Geschichtlichen mit dem eindeutigen Endgültigen. Wird aber das Vorläufige als endgültig fixiert, wird die Erfüllung der Geschichte innerhalb der Geschichte erwartet, dann «enttäuscht die wirkliche Geschichte jede dieser Erwartungen und enthüllt sie als Utopie» (III, 175). Das hat «eine oft zynische Abwendung von jeder geschichtlichen Erwartung» (ebd.) zur Folge – oder den Versuch, die Utopie durch Terror aufrechtzuerhalten. «Der Terror ist ein



Ausdruck für den Enttäuschungscharakter einer verwirklichten Utopie» (VI, 203). Die Wurzeln des Stalinismus liegen im sozialistischen Utopismus.

Der Religiöse Sozialismus will diesen Utopismus dadurch überwinden, daß er das prophetische Element im Sozialismus aus der rationalistischen Verfälschung befreit. Entdecken konnte er dieses Element, weil er es durchaus für möglich hält, «daß Gottes prophetisches Wort zu einer bestimmten Situation in einer weltlichen Bewegung stärker zum Ausdruck kommt als in den christlichen Kirchen, selbst wenn diese Bewegung sich antireligiös und antichristlich gibt» (X, 149) – «denn die organisierte Kirche stützen oder angreifen ist nicht identisch mit Bejahung oder Ablehnung des christlichen Glaubens. Das Gegenteil kann der Fall sein» (X, 154). So wird auch der Sozialismus als eine prophetische Bewegung gesehen: «Niemand versteht den Sozialismus, der seinen prophetischen Charakter übersieht» (II, 310).

Prophetische Erwartung richtet sich auf das Unbedingt-Neue, das in der Geschichte kommt, aber von keiner Gegenwart endgültig erreicht wird. Jede Erfahrung der Möglichkeit des Neuen in der Geschichte wird deshalb zu neuer Erwartung. Das Erwartete ist aber nicht nur das, was kommen wird, sondern zugleich «das, was kommen soll, das Geforderte, und sofern es gefordert wird, nur zu verwirklichen durch menschliches Tun... Nur handelnde Erwartung hat Realität» (II, 312f.). Dieses prophetische Ineinander von Forderung und Verheißung entdeckt Tillich auch in den Ursprüngen des Sozialismus, und besonders bei Marx. Nur drückt es sich im Sozialismus rational aus, als Ineinander der Analyse der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Widersprüche, der Forderung der revolutionären Veränderung der bestehenden Verhältnisse und der Erwartung der klassenlosen Gesellschaft. Doch der Gegensatz zwischen der Jenseitigkeit prophetischer Erwartung und der Diesseitigkeit rationaler Erwartung ist vordergründig. Für die Erwartung selbst existiert er nicht. Prophetische Erwartung hat nie darauf verzichtet, die geschichtliche Lage zu analysieren; sie sieht das Kommende in Kontinuität mit der Gegenwart. Und auch die rationale Erwartung enthält immer ein Element, das ihr unzugänglich bleibt: das Transzendieren des gegenwärtig Möglichen. «Die Spannung des prophetischen und des rationalen Elementes im Sozialismus ist kein Widerspruch, sondern der echte Ausdruck der lebendigen Erwartung, die sein Wesen ausmacht» (II, 320). Der Sozialismus ist eine prophetische Bewegung auf dem Boden der Rationalität: das ist seine Einzigartigkeit und seine Gefahr. Nur in der Verbindung beider Elemente kann er dem Utopismus und der daraus erwachsenden Enttäuschung und Resignation entgehen.

Die Neuinterpretation des Sozialismus durch die Hervorhebung seines prophetischen Elements führt hier wieder zur sozialistischen Kritik an den christlichen Kirchen zurück. Darin wird noch einmal deutlich, wie bei Tillich und im Religiösen Sozialismus die gegenseitige Kritik von Christentum und Sozialismus ineinander verschlungen und zu einer dialektischen Einheit geworden ist. Denn die Befreiung der Utopie aus ihrer rationalistischen, rein immanenten Form durch die Betonung der Verbindung von Immanenz und Transzendenz wird umgekehrt zur Kritik an der rein transzendenten Form der Utopie in den christlichen Kirchen, die sich gegen jeden Versuch einer Änderung der Realität stellte und damit zum Scheitern des Sozialismus in Deutschland entscheidend beitrug. Diese ideologische Verhärtung der bestehenden Verhältnisse ist nur durch den Geist der Utopie zu überwinden. Denn das ist die Wahrheit der Utopie: die Freiheit des Menschen von jeder Gegenwart, das Durchschauen des Bestehenden in seiner Negativität. «Menschsein heißt: Utopie haben» (VI, 198). «Das Prinzip der Utopie ist die Negation des Negativen» (VI, 168). «Menschen ohne Utopie bleiben der Gegenwart verfallen» (VI, 200). Die Utopie eröffnet neue Möglichkeiten, die ohne utopische Vorwegnahme verborgen bleiben würden.

Ohne den Geist der Utopie, der eine Umgestaltung der Wirklichkeit für möglich hält, gibt es kein auf die Gegenwart gerichtetes entschlossenes Handeln. Geist der Utopie – das war die Antwort der Religiösen Sozialisten auf die Situation, die sie nach dem Ersten Weltkrieg vorfanden; die Antwort auf die Resignation eines in seinem Utopismus enttäuschten Sozialismus ebenso wie auf die tatenlose Jenseitserwartung der christlichen Kirchen. Geist der Utopie – damit war nichts anderes gemeint als die christliche Hoffnung selbst – ist die Erwartung, «daß in der horizontalen Linie etwas geschehen kann, etwas Neues, eine Verwirklichung hier und jetzt, unter diesen Umständen, unter diesen Bedingungen, mit diesen Möglichkeiten, und daß wir vorwärts gehen müssen, um diese Möglichkeiten zu sehen und sie in die Wirklichkeit zu überführen» (VI, 207).

### **Kairos, erfüllte Zeit, schöpferische Möglichkeit**

Für die Einheit von Erkenntnis der Chance einer konkreten Situation und dem Impuls, die Chance zu ergreifen, gebrauchten die Religiösen Sozialisten den neutestamentlichen Begriff Kairos. «Kairos ist erfüllte Zeit, Zeitmoment, in den die Ewigkeit hereinbricht. Aber Kairos ist nicht Vollendung in der Zeit. Im Sinne des Kairos warten und handeln heißt demnach, auf das Hereinbrechen des Ewigen warten und ihm gemäß handeln, heißt aber nicht, so warten und handeln, als ob das Ewige fixiert und in die Zeit eingeführt werden könnte, etwa als ein Gesellschaftsbau, der das Ende und Ziel darstellt. Das Ewige ist das Hereinbrechende, aber nie das Greifbare, Gegenständliche» (X, 72f.). Eine geschichtliche Zeit als Kairos verstehen heißt also, ihren einmaligen Sinn erkennen, sie als Möglichkeit einer entscheidenden geschichtlichen Wende sehen und sich der Verantwortung und der unausweichlichen Entscheidung stellen. Das Neue, das im Kairos erfahren wird, ist nicht eine Notwendigkeit des Fortschritts, sondern eine Möglichkeit, für die gekämpft werden muß. Deshalb kann der Kairos nur von dem erkannt werden, der selbst von der Situation seiner Gegenwart ergriffen ist und sich handelnd in ihr engagiert. Der Kairos wird nicht durch distanzierte objektive Beobachtung erkannt, sondern durch prophetische Kritik. Dabei ist die rationale Analyse nicht ausgeschaltet, aber sie ist nicht die entscheidende Komponente. «Nur wer an einer historischen Situation in ihrer Tiefe teilnimmt, kann von einem Kairos reden. Solch eine Teilnahme betrifft den, der sie erlebt, in seinem ganzen Sein. ... Sie legt dem letzte Verantwortung auf, der einen Kairos erlebt. Darum ist es verständlich, daß religiöse wie säkulare Propheten den Versuch gemacht haben, sich der prophetischen Verantwortung zu entziehen, freilich ohne Erfolg, wenn sie echte Propheten waren. Durch solche Menschen wird der mögliche Kairos zum wirklichen Kairos. Wer einen Kairos verkündigt, hilft ihn zu schaffen. Er selbst ist ein Element in der Gesamtsituation» (VI, 153). Das heißt aber: Die Wahrheit ist konkret, sie muß getan werden, um erkannt zu werden, sie hat Entscheidungscharakter. Die Möglichkeit der Wahrheitskenntnis ist im Kairos gegründet. Wahrheit eröffnet sich nur dann, wenn sie «in schicksalhafter Verbundenheit an der eigenen Entscheidung beteiligt ist» (IV, 60).

Der Religiöse Sozialismus hat den Begriff Kairos nicht rein theoretisch entwickelt, sondern seine eigene Gegenwart, die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, selbst als Kairos erfahren, «als eine von schöpferischen Möglichkeiten erfüllte Situation» (VI, 149), und aus dieser Erfahrung zu handeln versucht. Die Chance der Situation schien der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zu sein. Die Notwendigkeit, diese Chance zu ergreifen, wurde mit den zunehmenden Erfolgen der Nationalsozialisten immer dringender. Am Ende von Tillichs Buch «Die sozialistische Entscheidung» (1933), einer ungewöhnlich hellsichtigen, leider kaum beachteten Analyse der Situation im Deutschland der frühen dreißiger Jahre, findet sich ein beschwörender Appell.

Die Situation stellt sich am Vorabend der Machtergreifung für Tillich so dar: Siegt die bürgerliche Restauration, dann wird «mit der steigenden Furchtbarkeit der Krisen das Chaos fast unvermeidlich werden» (II, 364). Siegt aber der Nationalsozialismus, «so ist der Selbstvernichtungskampf der europäischen Völker unvermeidlich» (ebd.). Die Entscheidung für den Sozialismus erscheint ihm als die einzige Rettung, aber es «kann in der Zukunft des Abendlandes ebenso der Sozialismus wie die Barbarei stehen» (II, 365). Eine dritte Möglichkeit außer dieser Alternative gibt es nicht. «Die Rettung der europäischen Gesellschaft vor der Rückkehr in die Barbarei ist in die Hand des Sozialismus gegeben. Nur er kann bewirken, daß die unbegrenzten Möglichkeiten technischer Weltbeherrschung, die die bürgerliche Periode geschaffen hat, in der Gewalt des Menschen bleiben und von ihm in den Dienst des Menschen gestellt werden. Nur er kann verhindern, daß diese Möglichkeiten zu Mitteln der Selbstvernichtung ihrer selbst und der Gesellschaft werden, durch die sie der Natur abgerungen sind» (II, 364). Tillichs Appell wurde überhört. Das Buch wurde bald nach seinem Erscheinen eingestampft, Tillich verlor schon 1933 als erster nicht-jüdischer deutscher Hochschullehrer seinen Lehrstuhl und emigrierte in die USA. Die von ihm vorausgesehene Barbarei nahm ihren Lauf.

### Gescheiterter Versuch – neue Aktualität

Der Versuch des Religiösen Sozialismus, zwischen Christentum und Sozialismus zu vermitteln, war vergeblich. Der dogmatische Sozialismus erwies sich als unbeweglich, und innerhalb der Kirche wurde der Religiöse Sozialismus sowohl von der konservativen Orthodoxie als auch von der dialektischen Theologie angegriffen und zwischen ihnen aufgerieben. Tillich hat sich später, als das Scheitern des Religiösen Sozialismus offenkundig wurde, gefragt, ob nicht die Erfahrung des Kairos ein Irrtum, eine Selbsttäuschung war. Er antwortet: «Wir irrten und wir irrten nicht. Das mag paradox oder unsinnig erscheinen. Es ist aber die exakte Beschreibung aller derjenigen Ereignisse, die in der Vergangenheit als Kairos aufgefaßt wurden. Kein Prophetenwort ist je im Sinn seiner eigenen Erwartungen erfüllt worden. Und doch zugleich: Kein Prophetenwort ist je unerfüllt geblieben» (VI, 149f.). «Unser Versuch wurde vereitelt, aber wir haben die Niederlage nicht anerkannt, soweit die Wahrheit unserer Konzeption in Frage steht» (IX, 83).

Heute gewinnt diese Konzeption neue Aktualität. Ihre erstaunliche Verwandtschaft mit manchen Strömungen in der gegenwärtigen Theologie läßt fast vergessen, daß seit den Anfängen der Arbeit des Religiösen Sozialismus ein halbes Jahrhundert vergangen ist. Sind das Zeichen einer neuen Chance für eine Vermittlung zwischen Christentum und Sozialismus? Welches Licht werfen die Thesen der Religiösen Sozialisten auf die gegenwärtige Situation? Mit Tillichs Begriffen analy-

## Spanien als Testfall

Der Ausnahmezustand über Spanien ist beendet. Er dauerte auf den Tag zwei Monate (24. Januar bis 24. März). Gesetzlich erlaubt, darf die Dauer sich auf drei Monate erstrecken. Das Image Spaniens scheint für die Touristen gerettet, die drohende Isolierung von der Außenwelt, die vom Minister für Handel und Landwirtschaft und vom Außenminister befürchtet worden war, beseitigt, das Gleichgewicht zwischen Falangisten und ihren Gegnern einigermaßen wieder hergestellt. Spanien hat durch rechtzeitiges energisches Durchgreifen – wie die Regierung versprochen, nicht länger als absolut nötig – die innere Krise für einmal überwunden und kann nun einer ruhigen Entwicklung entgegensehen.

Das ist das Bild, das von offizieller spanischer Seite entworfen und der Welt vor Augen gestellt wird. Viele werden es glauben, zumal auch der neue Vorsitzende der spanischen Bischofskonferenz, der Madrider Erzbischof Dr. *Casimiro Morcillo Gonzalez*, dieser Ansicht zu sein scheint, hatte er doch im Verein mit seinem tüchtigen und hochintelligenten Weihbischof *José Guerra Campos* schon während des Ausnahmezustandes eine «Stellungnahme» der Kommission der spanischen Bischofskonferenz durchgesetzt, die zur Ruhe und Ordnung als höchsten Gütern der Gesellschaft aufrief, die «Sit-ins» in Kirchen verurteilte, die versprach, daß der Ausnahmezustand keinen Tag länger als nötig dauern werde und daß «inzwischen»

siert, ließe sie sich etwa so beschreiben: Die christliche Theologie hat im Gespräch mit dem Marxismus ihren eigenen Geist der Utopie wiederentdeckt: die Zukunftsdimension des christlichen Glaubens. Der als Hoffnung verstandene Glaube gewinnt – wie Tillich selbst schon gesehen hatte – eine gesellschaftskritische Kraft. Es gibt auch bereits kleine Gruppen in den christlichen Kirchen, die die Neuinterpretation der christlichen Botschaft in gesellschaftliche Praxis umzusetzen versuchen und dabei der neuen sozialistischen Bewegung nahekommen. Aber das steht noch in den Anfängen. Die Aufgabe, die der Religiöse Sozialismus sich gestellt hatte, bleibt zu lösen – theoretisch und praktisch. Die neue konkrete Gestalt, in die Christentum und Sozialismus verändert eingehen könnten, bleibt zu suchen.

Vorerst stehen sich in der Gesellschaft und auch innerhalb der christlichen Kirchen die restaurativen und die progressiven Kräfte in gegenseitiger Verständnislosigkeit gegenüber. Von ernsthafter Aufnahme der gegenseitigen Kritik kann auf beiden Seiten nicht die Rede sein. Die konservative Rechte bleibt unbeweglich, weist die marxistische Kritik des kapitalistischen Systems ab und versucht mit allen Mitteln, das Durchbrechen eines neuen Bewußtseins und erst recht einer neuen Praxis zu unterdrücken. Die junge revolutionäre Linke dagegen verfällt selbst oft der Eindimensionalität bürgerlich-kapitalistischen Denkens, das sie doch kritisiert. Sie richtet den marxistischen Ideologieverdacht nicht gegen sich selbst als geschichtliche Bewegung und gerät deshalb erneut in den Utopismus, der dem Marxismus schon einmal zum Verhängnis geworden ist. Daß die Enttäuschung, die daraus erwächst, entweder in müde Resignation oder zum Terror führt, scheint sich wieder zu bestätigen. Der Kairos, das, was konkret möglich und deshalb gefordert ist, wird von beiden Seiten nicht erkannt. Das Hauptproblem bleibt die Vermittlung des Bewußtseins des Kairos, der Möglichkeit und Notwendigkeit einschneidender Änderungen und einer entscheidenden geschichtlichen Wende.

Die Christen können zur Lösung dieses Problems nur beitragen, wenn sie die marxistische Ideologiekritik zunächst einmal auf sich selbst beziehen und die konkrete Gestalt der christlichen Kirchen ändern, soweit sie davon betroffen ist. Wenn sie in den Kirchen selbst das Modell einer ideologiefreien und herrschaftsfreien menschlichen Gemeinschaft realisieren, dann haben sie das Recht zur Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen und politischen Bewegungen – und die Chance, daß diese Kritik gehört wird.

*Eberhard Rolinck, München*

Dieser Aufsatz ist die verkürzte Fassung eines Beitrags für das Buch «Leute von links», das im Herbst bei Pfeiffer, München, erscheint. Zitiert ist nach Paul Tillich, *Gesammelte Werke* Bd. I-X, Stuttgart, 1959 ff.

effektive wirtschaftlich-soziale Sanierungsmaßnahmen ergriffen würden. Die «Herder Korrespondenz» (März 1969) nennt das Dokument «eine recht vorsichtig formulierte Stellungnahme». Aber entspricht dieses Bild der Wirklichkeit?

Man wird nachdenklich, wenn man erfährt, daß der Papst mit dem Madrider Erzbischof nicht einiggeht. Schon am Konzil waren Morcillos Reden mehr von taktischen als von theologischen Erwägungen getragen gewesen, und dies gilt noch mehr von seinem Handeln als einer der Subsekretäre Msgr. *Felicitas*. Als Primas von Spanien ernannte Paul VI., genau eine Woche nach Verhängung des Ausnahmezustandes, den bisherigen Erzbischof von *Oviedo, Vicente Enrique y Tarancon* (62), indem er ihn nach Toledo, der alten Regierungsstadt, versetzte, was von den Gegnern Morcillos als «Tröstung durch den Heiligen Stuhl» empfunden wurde («Le Monde» 4. 2. 69). Als dann Morcillo, der gehofft hatte, daß Madrid zum Sitz des Primas – in Anpassung an die Gegenwart – erhoben würde, trotz dieser Enttäuschung zum Präsidenten der Bischofskonferenz und sein getreuer Weihbischof Guerra Campos zu deren Sekretär durch einen Trick gewählt wurden, indem auch die resignierten alten Bischöfe Wahlrecht erhielten, erwiderte der Papst dieses Manöver durch die Ernennung Tarancos zum Kardinal am 28. März; ja noch mehr, er nötigte Morcillo, seine weltlichen Ämter als Mitglied der spanischen «Cortes» und des Kronrates am 28. März niederzulegen, mit der Begründung, daß er sich als Präsident der Bischofskonferenz ganz seinen geistlichen Funktionen widmen müsse (KNA).



Dieses Verhalten des Papstes zeigt in erster Linie, daß die dem Konzil eindeutig widersprechende Verquickung von Kirche und Staat Paul VI. mißfällt. Viele weitere Beispiele ließen sich anführen, die alle in die gleiche Richtung weisen. Vorsichtig und mit viel Takt, aber da und dort auch überraschend hart zugreifend, nähert sich der an der Kurie geschulte kirchliche Oberhirte seinem Ziel: die Freiheit der Kirche wieder zu gewinnen. Die Ereignisse um Morcillo waren nur ein Beispiel, an dem dieses halb unterirdische Ringen deutlich sichtbar wurde.

Daneben aber spielt sich ein zweites, vom ersten nicht ganz zu trennendes, aber doch mit ihm auch nicht identisches Ringen innerhalb der Katholiken Spaniens und insbesondere seines Klerus ab. Auch hier bedeutete der Ausnahmezustand nur ein deutliches Hervortreten einer inneren Gärung, die weit umfassender ist und tiefer greift als dieses isolierte Ereignis. Es geht dabei um die Stellung der Kirche in dieser Welt, ja um eine Konzeption der Kirche selbst. So sehr man von da aus mit dem Papst eine Abhängigkeit der Kirche vom Staat ablehnt, so sehr fühlt man sich andererseits, in Rückgriff auf die prophetische Aufgabe der Kirche, verpflichtet, im Namen Gottes in das Tun und Treiben des Staates einzugreifen, die Menschenrechte, die Freiheit, die Gerechtigkeit, das Recht auf Information, auf Versammlungsfreiheit und auf Fortschritt effektiv, das heißt nicht nur mit Worten, zu verteidigen, jeder Mißachtung solcher Grundgebote von Seiten des Staates Widerstand entgegenzustellen.

So gesehen bedeutet die Aufhebung des Ausnahmezustandes zwar eine gewisse Erleichterung, aber keineswegs das Ende des Kampfes, der nun wiederum mehr ins Dunkel zurückgedrängt ist. Tatsächlich sind in der Zwischenzeit kaum wirksame Maßnahmen ergriffen worden, um die sozialen Mißstände zu beheben. Die Zwischenzeit wurde vielmehr dazu ausgenutzt, die spanische Presse «legal umzufunktionieren», derart, daß durch Konkurrenzgefechte, Steuerung der Information oder Veränderung in der Herausgeberschaft die Pressefreiheit auch nach Aufhebung des Ausnahmezustandes faktisch ausgehöhlt ist (KNA 20. März). So hieß es schon vor dem 24. März, nach diesem Datum aber wurden laut «Neue Zürcher Zeitung» fünf spanische Verlagsanstalten gezwungen, ihre Produktion einzustellen, weil sie vor allem marxistische Literatur veröffentlicht hätten (AFP 27. März).

Kein Wunder daher, daß die Unruhen andauern, daß am 27. März Zeitbomben in Bilbao die Scheiben der Börse zerstören, daß in Villareal de Alava ein großes Denkmal für die Opfer des Bürgerkrieges in die Luft fliegt, daß in Madrid vier Molotow-Cocktails gegen amerikanische Firmen geworfen werden (Reuter 27. März); daß der Bischof von Astorga, *Briva Mirabent* (43), aus «ideologischen wie psychologischen Gründen» sein Seminar mit 132 Priesterkandidaten vorübergehend schließen muß (KIPA 26. März) usw. Von Ruhe also keine Rede!

Man darf, so scheint uns, bei all dem nicht an der Oberfläche hängen bleiben, es ist notwendig, in die Tiefe zu gehen. Vielleicht zum Erstaunen mancher findet man dann nicht nur einen soziologischen Umbruch, die Wachstumsschmerzen eines Entwicklungslandes mit einer Regierung, die diesem Prozess, befangen in einem unmöglich gewordenen Gesellschaftsmodell, nicht gewachsen ist, und einer Hierarchie, von der ähnliches zu sagen wäre, sondern in der Tiefe entdeckt man das Aufquellen frischen Wassers, auch in religiöser Hinsicht, eine derart echte Besinnung auf die Urbestände des christlichen Wesens, daß einen durch alle verwirrenden Ereignisse hindurch doch eine große Freude und Hoffnung erfüllen kann.

Ein Zeugnis dafür scheint uns die theologische Erklärung von 41 Professoren der Universität von *Barcelona*, der sich 294 Hörer der Theologischen Fakultät angeschlossen haben. Sie protestieren gegen die oben erwähnte «Stellungnahme» der «Ständigen Kommission» der Bischofskonferenz zum Ausnahmezustand. Es ist das keineswegs der einzige Protest, der von kirchlicher Seite laut wurde. Man könnte eine lange Reihe von Gruppenprotesten und von Stellungnahmen jüngerer Bischöfe (sogar in Kirchenblättern) anführen, die sich deutlich von der «vorsichtig formulierten Stellungnahme» der «Ständigen Kommission» unterscheiden, ja ihr offen widersprechen. Aber diese Theologen-Erklärung, die unseres Wissens bei uns nirgends publiziert wurde, zeigt deutlicher als alle andern die tieferen Dimensionen des Konfliktes mit dem Staat und mit einer kirchlichen Denkart auf, die sich zäh zu behaupten versucht, obwohl ihr die Leichenblässe schon ins Gesicht geschrieben ist. Das Problem hat Weltmaß. Es zeigt sich nur an einem Extremfall, deutlicher profiliert als anderswo. Die Anwendung auf ihm bekannte Verhältnisse kann jeder leicht selbst vornehmen.

M. v. G.

In dem Verlangen, der Wahrheit in Liebe (Eph 4,15) einen bescheidenen Dienst zu erweisen, glauben sich die unterzeichne-

<sup>1</sup> ...sciendum est, quod ubi immineret periculum fidei, etiam publice essent Praelati a subditis arguendi» (2 zae 33, 4, 2).

ten Professoren der Theologischen Fakultät von *Barcelona* persönlich zur folgenden Erklärung verpflichtet, der sich die ebenfalls unterschriebenen Studenten anschließen.

## Theologie muß in das politische Leben eingreifen

I. Theologie besagt gläubiges Nachdenken über Gottes Wort, sie will dieses alleinige Wort der Erlösung, das den Menschen in Jesus Christus gegeben ist (Apg 4, 12), hören und weitergeben. In Situationen, die für die menschliche Gesellschaft von großer Bedeutung sind, gehört es, nach unserer Meinung, zur notwendigen Aufgabe der Theologie, auch zu ihnen etwas zu sagen, denn sie lebt ja unter diesen Menschen. Wäre dem nicht so, würde das Wort Gottes seine Kraft für die Welt, für die es gesprochen wurde, verlieren, wie das schal gewordene Salz, von dem das Evangelium spricht (Mt 5, 13; Hb 4, 12-13; Is 55, 10-11).

II. Die Theologie, die wir im Auftrag der Kirche zu verwirklichen suchen, wäre zu nichts nütze, wenn sie nicht verlangte, in unser Leben durch Taten übersetzt zu werden, Taten, die vielleicht gewagt, Taten, die vielleicht sogar kompromittierend sind, die aber einzig der Sorge entspringen, der Freiheit des Wortes Gottes (2 Tim 2, 9), der Kirche und den Armen, die das Evangelium bevorzugt, zu dienen (Mt 25, 31ff.). Und das auch auf Kosten materieller Vorteile, errungener Positionen und menschlichen Prestiges.

## Auch Prälaten müssen öffentlich beschuldigt werden

III. Wir möchten auch an die Worte des hl. Thomas erinnern, die gewiß zur authentischen Tradition der Kirche gehören: «Man sei sich bewußt, daß dort, wo eine Gefahr für den Glauben bestünde, die Prälaten von den Untergebenen auch öffentlich beschuldigt werden müßten.»<sup>1</sup>

Wir glauben, daß dieses Prinzip auf die jüngste Entwicklung in Spanien angewendet werden kann anlässlich der Stellungnahme der Ständigen Kommission des Episkopats zur Verhängung des Ausnahmezustandes über das ganze Land von Seiten des Staates. Wir wagen zu behaupten, daß der Skandal, den dieses Dokument hervorgerufen hat, als «sehr schwerwiegend» bezeichnet werden muß. Deshalb sehen wir uns gezwungen, öffentlich und in aller Bescheidenheit unseren Bischöfen folgende Vorhaltungen zu machen:

1. Das Dokument der Ständigen Kommission bemüht sich, gegenüber dem Regierungsentscheid eine klare Position der Nichteinmischung zu beziehen. Es sagt, ihre Aufgabe sei es, «das Gewissen der Gläubigen in der Erfüllung ihrer bürgerlich-sozialen Pflichten zu erleuchten, nicht aber in den Bereich der zivilen Autorität einzugreifen». In Wirklichkeit aber wurde diese scheinbare Neutralität von einem guten Teil des Volkes auf ganz andere Weise gedeutet: man hat in ihr eine Unterstützung der Regierung gesehen. Diese Deutung wurde durch die Art und Weise bestätigt, wie Admiral *Correro Blanco* am Tag nach der Veröffentlichung der bischöflichen Stellungnahme diese in seiner Rede vor dem Cortes verwendete; sie wurde außerdem durch Schlagzeilen in der Presse («Übereinstimmung der Bischöfe mit den Maßnahmen der spanischen Regierung») bekräftigt. Bezeichnend war auch die Tatsache, daß das Fernsehen während der Rede *Correro Blancos* immer wieder die in den Cortes anwesenden Bischöfe<sup>2</sup> einblendete. Wenn diese und ähnliche Deutungen die Absicht unserer Bischöfe verfälscht oder ihre Worte mißbraucht haben, dann besteht eine schwere Pflicht zu einem offiziellen Dementi, um das Ärgernis wieder gut zu machen.

## Die Kirche darf in Spanien nicht neutral bleiben

2. Die Klärung der Gewissen setzt eine Klärung der Situation voraus. Die Ständige Kommission behauptet, es sei nicht ihre Aufgabe, durch Stellungnahmen oder Beurteilungen sich in den Bereich der zivilen Autorität einzumischen. Gut und recht,

<sup>2</sup> Diese Bischöfe waren der Madrider Erzbischof *Morcillo* (65), ernannt vom Staatschef (Franco), der Erzbischof von *Zaragossa*, *Cantero Cuadrado* (67), der Bischof von *Leon*, *Almarcha Hernandez* (82), und der Weihbischof von *Madrid*, *Guerra Campos* (49).

aber nicht jede Stellungnahme und nicht jedes Urteil über politische Fragen bedeuten auch schon eine Einmischung in den Bereich der zivilen Autorität. Tatsächlich bemerkt das Zweite Vatikanische Konzil: «Immer und überall nimmt (die Kirche) das Recht in Anspruch, ... ihre Soziallehre kundzumachen, ihren Auftrag unter den Menschen unbehindert zu erfüllen und auch politische Angelegenheiten einer sittlichen Beurteilung zu unterstellen, wenn die Grundrechte der menschlichen Person es verlangen» (Gaudium et spes 76).

Gewiß besitzen die zeitlichen Dinge ihre eigene Autonomie und ihre eigenen Gesetze, und in der Politik gibt es Sachentscheidungen, die von Fachmännern der politischen Wissenschaften beurteilt werden müssen. Aber die Maßnahme, die uns hier beschäftigt, kann vom Standpunkt der Moral nicht als indifferent angesehen werden: durch sie kommen «Grundrechte der menschlichen Person» mit ins Spiel. Durch jeden Ausnahmezustand kommen nämlich der gute Ruf und die Freiheit rechtschaffener Bürger «ins Spiel»; sie werden etwa schief angesehen und verdächtigt; sie können ohne richterlichen Auftrag festgenommen werden; und nur zu leicht verfällt man unkontrollierbarer Willkür.<sup>3</sup> Auch die Wahrhaftigkeit der Information kommt «ins Spiel» – mit all den Gefahren, die sich aus einer unvollständigen und tendenziösen Sicht der Ereignisse ergeben. Überall dort aber, wo Faktoren dieser Art «ins Spiel» kommen, kann die Kirche ein sittliches Urteil abgeben.

In unserem konkreten Fall ist es zum Beispiel erwiesen, daß der Hirtenbrief von Msgr. Cirarda<sup>4</sup> über die soziale Lage in der Diözese Bilbao in der Presse verstümmelt erschienen ist – und zwar in den entscheidenden Sätzen. Es steht ebenso fest, daß eine Neuauflage des Hirtenbriefes von Msgr. Anoveros<sup>5</sup> über die Probleme der spanischen Landwirtschaft verboten wurde.

Beim Ausnahmezustand handelt es sich um eine Maßnahme, die eindeutig in die Sphäre des Sittlichen hinabreicht; sie fällt damit unter das Urteil Gottes und unter die freie Kritik des Glaubens. Wenn die Kirche hier ein Urteil fällt, kann man nicht von einem Übergriff in den Bereich der zivilen Autorität reden, wie sie auch nicht den geheiligten Bereich der autonomen Persönlichkeit verletzt, wenn sie sich ein sittliches Urteil über den Privatbesitz oder über sexuelle Beziehungen erlaubt. Diese Maßnahme allein auf den Ermessensbereich der politischen Klugheit einzuschränken, käme – von der Moral her gesehen – der Verleihung eines «nihil obstat» (das heißt einer Freigabe) gleich. Damit aber würde man einer Situationsethik verfallen, die jedes Mittel in Funktion von einer bestimmten Situation rechtfertigen könnte, oder in einen Rechtspositivismus, der grundsätzlich alle von der Autorität gewählten Maßnahmen als sittlich anerkennen würde. Mit einer solchen selbstgewählten Verkürzung ihres Kompetenzbereiches würde jedoch die Kirche auf ihre prophetische Sendung verzichten, auf die Sendung nämlich, Kritik zu üben im Lichte des Evangeliums, das nicht nur Ordnung, sondern auch Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Liebe verlangt. Andererseits muß ein Staat, der die

<sup>3</sup> Über die Art, wie Gefangene gelegentlich in Spanien behandelt werden, berichtet der Abt von Montserrat, Cassia Just: «Ich kenne persönlich einen Verhafteten, der drei Wochen gefoltert wurde. Er wurde am Schlafen gehindert. Dann hat man seine Füße zusammengebunden und ihn mit dem Kopf nach unten im dritten Stock aus dem Fenster des Gefängnisses herausgehalten und gedroht, die Schnur zu durchschneiden.» Auch nach Aufhebung des Ausnahmezustandes gab es noch 208 Personen, die im Gefängnis saßen, ohne daß gegen sie eine Anklage erhoben worden wäre.

<sup>4</sup> Msgr. José Cirarda Lachiondo (52) war bis vor einem Jahr Weihbischof von Sevilla. Am Konzil war er spanischer Pressereferent, er war täglich der erste Berichterstatter, der im offiziellen Presseraum erschien, um über die Sitzungen zu berichten. Die spanische Pressezensur hat freilich viele seiner ausgezeichneten, knappen und sehr offenen Ausführungen nur verstümmelt passieren lassen oder sie total unterdrückt. Seit einem Jahr ist Cirarda Bischof von Santander. Er ist jedoch gebürtig von Bilbao, was ihn veranlaßte, den oben genannten Hirtenbrief zu schreiben. Sein Vor-

Kirche anerkennen will, sie als das nehmen, was sie eben ist: nämlich das prophetische Volk Gottes, ein unbequemer Gesprächspartner, denn sie muß zwangsläufig kritisch sein (Dignitatis humanae 11).

### Solidarisierung mit dem Establishment der Unordnung

3. Das Dokument (der Kommission) erklärt sich auch solidarisch mit allen, «denen die Aufrechterhaltung des Friedens und der öffentlichen Ordnung als ein grundlegender Wert erscheint» und die «bedauern, daß dieser durch nicht zu rechtfertigende Gewaltakte gestört wurde». Doch seien wir ehrlich: Nur dann sind Frieden und öffentliche Ordnung ein Grundwert, wenn es sich um einen gerechten Frieden und um eine gottgesetzte Ordnung handelt, zu deren Wesenselementen Wahrheit, Gerechtigkeit, Liebe und Freiheit gehören.

Wenn die Kirche dem Auftrag des Evangeliums treu bleiben will, dann muß sie unbedingt Stellung nehmen gegen jene, denen jedes Mittel recht ist, um einen Schein von Ordnung zu retten, und gegen jene, die eine «verlogene Ordnung» aufrechterhalten, in der das «Establishment der Unordnung» geschützt und verewigt wird; aber außerdem muß sich die Kirche mit denen solidarisch erklären, die mit einem Maximum an persönlichen Opfern und einem Minimum an Gewalt gegenüber dem Nächsten Gerechtigkeit, Wahrheit, Freiheit im Land zu fördern sich mühen. Es scheint hingegen, als solidarisiere sich die Kirche mit den ersteren und als nehme sie Stellung gegen die letzteren, denn sie bezeichnet gewisse Gewaltakte als «nicht zu rechtfertigen», ohne auch nur ein Wort zu verlieren über die «Ordnung», die von diesen Gewaltakten in Frage gestellt wurde.

Unausweichlich stellt sich darum die Frage, ob die durch den Ausnahmezustand geschützte «Ordnung» eine christliche Ordnung sei. Dazu sei bemerkt, daß die katholische Kirche in ihrer Lehre den Pluralismus politischer Gruppen (GS 75), das Grundrecht der Arbeiter auf freie Organisation (GS 68, 2), das Recht auf Meinungsfreiheit (GS 73, 2), das Recht auf wahrheitsgetreue und vollständige Information (Inter mirifica 5) und das Streikrecht (GS 68, 2) verteidigt.

Angewendet auf die praktische Wirklichkeit wurden in unserem Land in dieser Hinsicht veröffentlicht: der Hirtenbrief von Msgr. Anoveros über die Lage der Arbeiter, das Schreiben der spanischen Bischöfe über den Syndikalismus, der Hirtenbrief von Msgr. Bereciartua<sup>6</sup> (San Sebastian) über die Mißbräuche der repressiven Polizeimethoden in seiner Diözese, die Erklärung des Advokaten-Clubs von Madrid über die politischen Gefangenen ... Angesichts all dieser Gegebenheiten wird man verstehen, daß wir – in aller Bescheidenheit, aber auch mit der ganzen Entschiedenheit des Glaubens – uns erlauben, öffentlich die Frage aufzuwerfen, wen die Ständige Kommission eigentlich vertritt.

4. Die Ständige Kommission sucht die von der Regierung ergriffene Maßnahme durch Zitierung eines Konzilstextes (GS 75, 3) zu rechtfertigen und abzuschwächen. Die Konzilskonstitution vertritt aber gar nicht die Neutralität, die das Zitat der Ständigen Kommission anscheinend belegt, denn in der nächsten Zeile schon fügt das Konzil bei: «Unmenschlich ist es, wenn

gänger, Vicente Puchol, starb 1967 im Alter von 55 Jahren bei einem Auto-unfall, den die Anhänger der Una Voce-Bewegung als Gottesgericht auslegten, weil er sich gegen die angeblichen Muttergotteserscheinungen in Garabandal gestellt hatte.

<sup>5</sup> Msgr. Anoveros Ataña (60) ist Bischof von Cadix. Er ist im Baskenland (Pamplona) geboren und fiel am Konzil durch aufgeschlossene Interventionen auf.

<sup>6</sup> Msgr. Bereciartua y Balerd, gebürtig aus der Diözese von San Sebastian, war seit 1963 daselbst Bischof (Suffragan von Pamplona). Trotz seines hohen Alters von 73 Jahren war er ein mutiger Mann, der sich gegen jedes Unrecht wandte. Er starb 1968. Sein Nachfolger ist der Basken-Bischof Argaya Goicoechea (65), der ihm an Mut nicht nachsteht. Er forderte die Aufhebung des Belagerungszustandes in der Provinz Guipuzua. Laut «Spiegel» soll er gesagt haben: «Der Götze, der so viel Ausbeutung und Unterdrückung rechtfertigen soll, ist ein falscher Gott, der mit dem Gott der Christen nichts gemein hat.»

eine Regierung auf totalitäre oder diktatorische Formen verfällt, die die Rechte der Person und der gesellschaftlichen Gruppen verletzen» (ebd).

Unseres Erachtens hätte das Zitat der Ständigen Kommission vollständig gebracht werden müssen; damit wären der Sinn und die Bedeutung der Stellungnahme erheblich verändert worden und hätten dem Geist des zitierten Konzils viel besser entsprochen. Statt aber diese Zeilen zu zitieren, macht die Kommission mehr oder weniger deutliche Versprechungen, die abzugeben und zu erfüllen viel eher Sache der zivilen Autorität ist: «Inzwischen werden wirksame Mittel eingesetzt werden, um die erforderlichen wirtschaftlich-sozialen Verbesserungen voranzutreiben.» Man möchte fragen, ob diese wirksamen Mittel schon eingesetzt wurden (vor allem, was die sozialen Verbesserungen betrifft: man beachte, die Mindestlöhne betragen 102 Peseten) und welche Garantien die Ständige Kommission besitzt, daß diese Mittel auch späterhin eingesetzt werden.

5. Besonders schmerzlich berührt uns, daß die Kommission, die sich in anderer Beziehung eines sittlichen Urteils enthalten hat, unterschiedslos die Katholiken, die in den letzten Monaten zu «repressiven Protestaktionen» in Kirchen geschritten sind, verurteilt. Ohne jetzt ein allgemeines Urteil über dieses gewiß außerordentliche Vorgehen abgeben zu wollen, muß unseres Erachtens doch zuerst nach den Motiven gefragt werden, die diese Laien und Priester dazu gebracht haben, sich auf diese Weise auszudrücken. Vielleicht suchten sie in der Kirche jene sittliche Beurteilung, die zu erwarten sie ein Recht hatten, die ihnen aber nicht gegeben wurde. Trotz der enormen Schwierigkeiten, die solche Vorgänge der Hierarchie aufladen und in denen wir unsere Bischöfe nicht allein lassen möchten, glauben wir doch, daß die Kirche, als Mutter, vor Freude lächeln muß inmitten ihrer Tränen, wenn sie gewahrt, daß sie für viele «Mühselige und Beladene» (Mt 11, 28) die einzige Zuflucht bleibt, von der sie Schutz und Hilfe erwarten können. Sie ihnen zu gewähren, muß keineswegs eine «Verletzung des Rechts der übrigen Gläubigen» bedeuten, «für welche die Kirchen ihren eigenen Zwecken zu dienen haben», es kann auch die Beachtung eines weit wichtigeren Rechtes besagen: der Wahrheit und der Gerechtigkeit. Es kann darin sogar ein Schutz der Versammlungsfreiheit miteingeschlossen sein, die in unserem Land über Gebühr eingeschränkt wird, die unsere Kirche aber verteidigt oder doch anerkennen und in Übereinstimmung mit der Gesamtkirche verteidigen sollte.

### **Mit dem Rücken gegen die Leiden der Brüder, das ist kein Essen des Herrenmahles!**

6. Die Priester erinnert die Stellungnahme mit vollem Recht an ihre Sendung, «die Einheit in der Liebe» zu mehren. Wir (Unterzeichnete) sind in der Mehrheit Priester oder bereiten uns auf das Priestertum vor. Wir wollen bereitwillig und ohne Zögern diese Ermahnung beherzigen. Jedoch gerade darum müssen wir unterstreichen, daß die Einheit nach dem Evangelium keine abstrakte, formale, inhaltslose (siehe Mt 10, 34–39) Versöhnung bedeutet, die ungerechte Ungleichheiten, Unterdrückung und Rechtsverletzungen nicht beachtet, sondern eine Versöhnung, die ausgerechnet beim Anerkennen der eigenen Schuld, bei der Anklage und beim Aufruf zur Buße ihren Anfang nimmt. Eine Eucharistie, die gefeiert wird mit dem Rücken gegen das, was den Brüdern geschieht, eine Eucharistie, welche die Augen schließt, um ungerecht Leidende nicht zu sehen, eine Eucharistie, die keine Hilfe bedeutet für den Bruder, der ihrer bedarf, «das ist nicht mehr ein Essen des Herrenmahles» (1 Kor 11, 20; cf. Mt 5, 24). Bestenfalls wäre das eine Versammlung sorgloser Bürger. Wir verlangen, daß unsere Bischöfe nicht eine Einheit unterstreichen, die ihre eigenen Voraussetzungen verneint, das heißt die Rechtsgleichheit und die wirksame Liebe. Andernfalls wäre sie keine evangelische Ein-

heit, sondern bloß ein Zusammentreffen an einem Ort, das Einheit aussagt, aber nicht verwirklicht.

### **Die Kirche, in der wir uns fremd fühlen**

7. Den Priestern wird auch empfohlen, «sich so zu benehmen, daß sich niemand fremd fühle in der Gemeinschaft der Gläubigen». Nochmals möchten wir mit der Zurückhaltung, die uns das Bewußtsein unserer Fehler auferlegt, aber doch mit dem Freimut, den das Wort des Evangeliums verleiht, erklären, daß wir uns in der Kirche, die sich in dieser Stellungnahme offenbart, fremd fühlen. Und wie soll es einen nicht befremden, wenn ohne zu sagen, ob sie gerecht sind oder nicht – und ohne ein Wort über die Menschenrechte –, für Ordnung und Frieden Partei ergriffen wird? Gerade damit sich «niemand fremd fühle in der Gemeinschaft der Gläubigen», dürfen jene nicht apostrophiert werden, die bereit sind, auf die eigene Bequemlichkeit und Sicherheit im Dienst der Enterbten, Hungernden, Gefangenen, Nackten unserer Gesellschaft zu verzichten. Wir bitten unsere Hirten, alle Manipulationen zu unterlassen, die darauf abzielen, das Befremden unserer Gläubigen gegenüber einer neutralen, wenig evangelischen Kirche zu ersticken, einer Kirche, die ihre eigentliche Aufgabe, nämlich die unbequeme und heilbringende Wahrheit Christi öffentlich und auch mit dem Einsatz des Lebens zu bezeugen, nur noch auf krummen Touren zu erfüllen sucht. Der Friede und die Einheit, die wir täglich erbitten, bestehen in der Befreiung von der Sünde, und nicht im Vertrauen auf den bewaffneten Arm der Mächtigen dieser Welt. Der Friede der Kirche ist der Friede Christi, nicht der des Pilatus, in dem sich der Christ fremd fühlen soll.

8. Eine letzte Bemerkung bezieht sich nicht auf den Inhalt der Stellungnahme, sondern auf die Art und Weise, wie sie redigiert wurde. Es fehlt uns zwar eine hinreichende Information über die Befugnisse der Ständigen Kommission in diesem Fall, aber unter den Gläubigen stellen wir, milde gesagt, eine gewisse Verwirrung fest. Soweit uns bekannt ist, wurde noch eine Woche vor Veröffentlichung der Stellungnahme gesagt, die Kommission werde keinerlei Communiqué herausgeben. Außerdem waren, wie es scheint, die Mitglieder der Kommission bereits zurückgekehrt in ihre Diözesen, und es kann sein, daß wenigstens einige mit dem Wortlaut der Stellungnahme nicht einverstanden waren. Es scheint uns bedenklich, daß in einer so schwerwiegenden Sache ein Vorgehen angewandt wurde, das die Gesamtheit des Episkopats belastete und zum vornherein jede andere Stellungnahme blockierte.

### **Nathan darf nicht schweigen vor David**

Unsere ganze Erklärung versucht von einer Sicht und einer Theologie der Kirche auszugehen. Die Kirche hat Bestand im Heiligen Geist, im Geist des gekreuzigten Herrn. Und nur in ihm. Die Kirche soll die Solidarität widerspiegeln, die in der Menschwerdung des Herrn aufleuchtet, der unsere Natur angenommen hat, ja der sich erniedrigt hat, indem er Knechtsgestalt annahm und unser Leiden und unseren Tod ertrug. Nur insoweit wird sie die Kirche von Pfingsten, die eine, heilige, katholische und apostolische sein, als sie sich vereint mit dem gekreuzigten Menschensohn, der nicht kam, um bedient zu werden, sondern um zu dienen und sein Leben für viele hinzugeben (Mk 10, 45). Die Kirche muß, vor allem in ihren Hirten, ihre Hoffnung in Tat und Leben auf Jesus Christus setzen, auf ihn, «der war, der ist und der kommen wird» (Ap 1, 4), und nicht auf die Stärke der Mächtigen, auf Bündnisse und fragile Allianzen mit ihnen. Hilfe, die die Menschen von ihr erwarten, besteht nicht in einer freundschaftlichen Vermittlung bei denen, die an der Macht sind, sondern in der Hingabe, auch der eigenen Sicherheit. Sind wir uns der tiefgreifenden Umwandlung bewußt, die heute von der Kirche – konkret in Spanien – verlangt wird? Sicher hat die Kirche nie beansprucht, fehlerlos zu sein, sie anerkennt ihre vielen Mängel und betet jeden Tag: «Vergib uns unsere Schuld!» Aber auch unter uns darf Nathan nicht schweigen vor David. Mitten in ihrer

Sündigkeit darf die Kirche nicht auf ihre Aufgabe verzichten, Ferment, freimütige Anklage und prophetische Kritik zu sein. Sonst würde das Zeugnis von der Gegenwart der heilbringenden Gnade verdunkelt, jener Gnade, die uns täglich von neuem einlädt zur Umkehr.

Es folgen die Unterschriften von 41 Professoren und 294 Studenten.

### Seiler-Hotels Zermatt

1620 m ü. M.

### Mont Cervin Victoria Mont Rose Schwarzsee

Mahlzeitenaustausch  
Vorteilhafte Pauschalpreise

Auskünfte und Prospekte  
durch die Generaldirektion  
der Seiler-Hotels  
Telefon 028 771 04

### ... wir brauchen nur Ihre Anschrift

und Sie erhalten kostenlos 6 Monate lang unsere Informationen über Gelegenheitskäufe von Büchern (alle Wissensgebiete) aus Restauflagen (Modernes Antiquariat).

**Bücher-Kompaß, 69 Heidelberg-Wieblingen (Abt. 65)**

**Allen Abonnenten in der Schweiz, die das Abonnement 1969 bezahlt haben, danken wir bestens. Die andern möchten wir höflich ersuchen, den Betrag bald auf unser Postcheckkonto einzuzahlen. Im Mai werden wir uns erlauben, die Nachnahmen zu versenden.** ◀ ◀ ◀

**Herausgeber:** Institut für weltanschauliche Fragen

**Redaktion:** Mario von Galli, Ladislaus Boros, Max Brändle, Albert Ebnetter, Ludwig Kaufmann, Joseph Renggli

**Ständige Mitarbeiter:** Georg Bürke, Wien; Jakob David, Dortmund/Zürich; Alfons Gommenginger, Zürich; Robert Hotz, Lyon/Zürich; Joseph Rudin, Zürich

**Anschriften** von Redaktion und Administration: Scheideggstr. 45, CH-8002 Zürich. ☎ (051) 27 26 10

**Bestellungen, Abonnemente:** Administration

**Einzahlungen:** Schweiz: Postcheck 80-27842

Deutschland: Volksbank Mannheim, Postscheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 17525 (Vermerk «Orientierung», Bankkto.-Nr. 12975) – Österreich: Sparkasse der Stadt Innsbruck, Postscheck 60.675 (Vermerk «Orientierung» 26849) – Frankreich: Crédit Commercial de France, CCP 1065 «Orientierung» C.E. Suisse No 20/78611 – Italien: c/c N. 1/18690 Pontificia Università Gregoriana, Deposito Libri, Piazza della Pilotta, Roma, «Orientierung» – Dänemark: P. J. Stäubli, Hostrupsgade 16, Silkeborg

**Abonnementspreise:** Ganzes Jahr: sFr. 17.— / DM 18.— / öS 100.— / FF 20.— / bFr. 210.— / dän. Kr. 28.— / Lire 2500.— / US \$ 5.—

Halbes Jahr: sFr. 9.— / DM 9.50 / öS 60.—

Gönner: sFr. 22.— / DM 23.— / öS 130.—

Studenten: jährlich sFr. 10.— / DM 10.— / öS 70.—

Einzelnummer: sFr. 1.— / DM 1.— / öS 6.—

Eine erstaunliche neue Reihe:

# EXPERIMENT CHRISTENTUM

In dieser Reihe werden gedankliche und praktische Entwürfe christlichen Glaubens auf Zukunft hin versucht und beschrieben.

Die Reihe wird von Thomas Sartory und Otto Betz herausgegeben.

Band 2

Gisela Hommel

## *Religionslose Erziehung in der christlichen Familie?*

Ein überzeugendes Plädoyer für eine Erziehung, die schon das Kind mit der Wirklichkeit konfrontiert, es nicht sorgsam behütet, sondern ihm den Weg zur Freiheit des erwachsenen Christen zeigt.

144 Seiten, kart. DM 6.80, S. 51.70, sFr. 8.20

Band 3

Jean Cardonnel

## *Gott in Zukunft*

Aufforderung zu einer menschlichen Welt

Die Wahrheit, die Cardonnel gefunden hat, ist bestechend. Es ist die Wahrheit eines Christentums, das in unserer Zeit tatsächlich noch lebensfähig erscheint.

Aus Vorausrteilen über das Werk:

Universitätsprofessor D. Dr. Joh. Bapt. Metz: «... verdient Beachtung, weil es auf eine Leerstelle in unserer theologischen Literatur trifft.»

Dr. Dorothee Sölle: «Cardonnel lesen ist für mich so etwas wie: einen Freund treffen ... Der Mut dieses Buches macht einem Angst.»

Dr. Thomas Sartory: «... ein neuer Stil von Theologie: Elementare Kräfte aus dem Evangelium werden freigesetzt. Cardonnels Theologie ist ein Musterbeispiel prophetischer und darum ‚politischer‘ Theologie.»

196 Seiten, kart. DM 9.80, S 74.50, sFr. 11.65

Band 4

Wilhelm Hüster

## *Sinnvolles Glaubensbekenntnis heute*

Laiengedanken zu theologischen Fragen der Gegenwart

Hüsters persönliches Engagement verbindet die Meinungen großer Theologen wie Bultmann, Tillich, Rahner u. a. zu einem selbständigen und freimütigen Bekenntnis: «Ich möchte nicht leben, wenn Jesus Christus nicht gelebt hätte.»

234 Seiten, kart. DM 9.80, S 74.50, sFr. 11.65

In Ihrer Buchhandlung erhältlich

# pfeiffer

Verlag J. Pfeiffer, 8 München 2, Herzogspitalstraße 5

AZ

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion